

Gründet 6 mal wöchentlich. Monatlicher Bezugspreis 2,70 RM. Einzelnummer 20 Pf. Die Sonn- und Feiertagsnummern 20 Pf.

Verlagsgesellschaft Dresden. — Einzelpreis: die Spalte 22 und beide Seiten 6 Pf. — Für Familienangehörige und Schüler 4 Pf. — Bei Abbestellung können wir keine Gewähr leisten.

Sächsische Volkszeitung

Redaktion: Dresden-K., Volkersstraße 17, Fernruf 20711 u. 21012. Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Druckerei und Verlag G. m. b. H., Volkersstraße 17, Fernruf 21012, Postfach: Nr. 1022, Bank: Gläubigerbank Dresden Nr. 04787

Donnerstag, 25. Juli 1935

Im Falle von böser Gewalt, Verbot, einleitender Verleumdungen hat der Verleger oder Verleger keine Haftung, falls die Zeitung in beschränkter Auflage vertrieben oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden. —

Beratungen zwischen Laval und Avenol

Vor der Festlegung des Zeitpunktes für die Einberufung des Völkerbundrates

Italien gegen Anwendung des Artikels 15? Vernunft gegen Kritik

um jeden Preis

Paris, 24. Juli.

Nachdem der englische Botschafter gestern erneut mit dem Ministerpräsidenten Laval über den italienisch-abessinischen Streit Fühlung genommen hatte, wird am heutigen Mittwoch der Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, mit Laval über die endgültige Festlegung des Zeitpunktes der Einberufung des Völkerbundrates beraten. Man scheint in gutunterrichteten Kreisen damit zu rechnen, daß Italien der Ratstagung nicht fernbleiben werde unter der Bedingung, daß der abessinische Streitfall nicht grundsätzlich aufgerollt, die Verhandlungen auf 48 Stunden beschränkt und sämtliche Entscheidungen, auch die über die etwaige Anwendung von Artikel 15 des Völkerbundpaktes, auf die Ratstagung vom 25. August verschoben würden.

Unter diesen Umständen werden die Aussichten für eine

friedliche Regelung als wenig günstig bezeichnet, um so mehr als Italien, wie die Außenministerin des „Coeur“ feststellt, höchstwahrscheinlich ein Verfahren nach Artikel 15 ablehnen dürfte. Das sei auch die Auffassung der Völkerbundsdirekte. Italiens öffentliche Meinung sei durch die Vorbereitung auf den Kolonialkrieg in zu große Erregung versetzt worden, als daß die italienische Regierung sich an länderübergreifende Verhandlungen denken könnte, bevor sie mit militärischen Operationen beginnen würde. Außerdem habe auch die italienische öffentliche Meinung über die Aufhebung der 40prozentigen Golddeckung einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Künftig könne also die italienische Regierung über ihre gesamte Golddeckung verfügen für Zwecke, die man nicht näher zu bezeichnen braucht. In französischen Kreisen glaube man, daß diese „verzweifelte Maßnahme“ es Italien ermöglichen solle, seinen Kolonialkrieg zu finanzieren.

NEA. Die englischen Kritiker sind im Parlament aufgestanden und haben um jeden Preis Opposition gegen die Politik des Londoner Kabinetts gemacht. Die Wortführer der Opposition, an ihrer Spitze Lord George, den der Erste Lord der Admiralität, Sir Bolton Forbes-Monkell, einen Meister der Konfusion nannte, haben sich in schweren Beschuldigungen gegen Deutschland und seinen Ehrgeiz zur Schaffung einer U-Boot-Flotte gefallen, ohne an die Stelle ihrer Kritik auch nur irgendwie positive Vorschläge setzen zu können. Aber mit ruhiger Gelassenheit, zuweilen leicht ironisch, erhielten alle diese widerstrebenden Kräfte von der Regierungsbank eine Antwort, der sie sachlich nicht zu widersprechen vermochten.

Die Haltung der englischen Regierung zeichnet sich in weitgehendem Maße durch nüchterne Sachlichkeit aus. Man hat begriffen, daß man nicht ewig mit zweierlei Maß rechnen und ein Volk im Herzen Europas nicht bis in alle Zukunft hinein diskriminieren kann. Die Antworten auf gewisse Fragen der Opposition würden aus diesem Grunde naturgemäß deutlicher sein, als sie im Unterhaus gegeben wurden. Wenn beispielsweise ein Abgeordneter der Linken fragt, warum Deutschland bei Beginn seines Tages einiger U-Boote nicht erst vorher um Erlaubnis eingekommen sei, so mag er daran erinnert werden, daß Deutschland inzwischen ein freier und souveräner Staat geworden ist, der seine Entschlüsse in bestimmten Fragen selbst zu fassen pflegt. Daran müssen sich nun schon solche Kritiker gewöhnen. Ebenso ist die Frage nach dem Sieger bei den deutsch-englischen Flottenbesprechungen reichlich absurd, wenn nicht gefällig, weil hier niemand der beiden Verhandlungsseiten den anderen über's Ohr haufen wollte, sondern es vielmehr darum geht, einen positiven Beitrag zum Frieden zu leisten und eine Grundlage zu schaffen, auf der auch andere Staaten weiterarbeiten können.

Wie sehr die englische Opposition nach in die alten Methoden der zwischenstaatlichen Politik verankert ist, beweisen die Konstruktionen kollektiver Auffassungen und multilateraler Vereinbarungen. Es fehlt noch immer das Vertrauen zueinander und der Mut, in direkter Verständigung die Voraussetzungen, auf Grund deren eine vielmehr Orientierung der europäischen Politik allein möglich ist. Der englische Marineminister und der Erste Lord der Admiralität haben den Versuch unternommen, den Beginn einer neuen Ära diplomatischen Verkehrs und politischer Entwicklungen vor ihren Kritikern zu vertreten und zu verteidigen. Die Opposition hat zwar mit viel Kräfteaufwand und großem Wortschwall ihre alte Stellung zu halten sich bemüht, aber ihr Widerstand brach mangels positiver und sachlicher Argumentation zusammen. An der Tatsache des deutsch-englischen Flottenabkommens und seiner besonderen Wirkung in Europa dürfte sich nichts mehr ändern lassen. Die Vernunft wird sich der Kritik um der Kritik willen und der Opposition um jeden Preis im Interesse des Friedens durchsetzen. Die Zeit, in der die diskriminierendsten Bestandteile des Versailles-Gewaltbittats der internationalen Politik ihr Gebräuge gaben, gehören der Vergangenheit an.

„Das Nordens wird grauig werden“

Der Londoner abessinische Geschäftsträger über den kommenden Krieg mit Italien

Paris, 24. Juli.

Der abessinische Gesandte in London, Dr. Martin, erklärte einem Berichterstatter des „Echo de Paris“, eine Einigung im italienisch-abessinischen Streit sei kaum noch denkbar. Dazu sei es zu spät. Italien habe viele Millionen ausgegeben und 200 000 Mann nach Afrika geschickt. Die sollte es jetzt auf seinen Plan verzichten. Abessinien werde aber nicht auf eine Unabhängigkeit verzichten.

Seine Bewohner würden bis zum letzten Mann sterben.

Das Nordens werde grauig werden. Abessinien werde, wenn nötig, zu Grunde gehen, aber es gebe einen Gott, und der Tag

der Vergeltung werde kommen. Der Kampf werde auf jeden Fall sehr hart und langwierig sein. Die des Klimas ungewohnten italienischen Truppen hätten schon jetzt gewaltig zu leiden. Die modernen Kriegsmittel würden sich gegen Abessinien schwer anwenden lassen. Der Gesandte ist überzeugt, daß der Streit den Rahmen eines örtlichen Krieges überschreiten werde. Er werde das Signal für den Zusammenbruch aller farbigen Rassen gegen die Weißen werden, der Beginn eines Kreuzzuges gegen die kolonisierenden Völker. Wenn England und Frankreich, erklärte Dr. Martin zum Schluß, Italien koloniale Zugeständnisse aus ihrem eigenen Bestehen machen wollten, sollten sie das tun. Abessinien werde nicht nachgeben.

Die Lage in Belfast

Dublin, 24. Juli.

Die Lage in Belfast bleibt weiter beunruhigend. Am Dienstag wurde ein Mann durch einen Schuß ins Bein schwer verletzt. In der Brookfield-Strasse explodierte eine Bombe, wodurch ein vierjähriges Mädchen verletzt wurde.

Die Zahl der Verhaftungen hat sich um zehn auf 131 erhöht. Am Laufe des Dienstagabend wurde eine Reihe von Männern festgenommen, von denen einem Brandstiftung, einem anderen tätlicher Angriff und zwei weiteren die Anschuldigung von Drohungen zur Last gelegt werden.

Von amtlicher Seite wird die Lage als beträchtlich beser bezeichnet. (Vergl. auch die Meldungen auf S. 3.)

Erste Rückwirkungen der Belfast Religionskämpfe auf den irischen Freistaat.

Infolge der schweren Unruhen in Belfast herrscht im irischen Freistaat, und zwar besonders an der Westküste, große Erregung. Die in Ausstand getretenen Dockarbeiter von Galway, der Hauptstadt der gleichnamigen Grafschaft, haben verlangt, daß alle protestantischen Angestellten der Stadt entlassen werden sollen. Es wurden Unruhen veranstaltet, um die katholischen Arbeiter mehrerer Fabriken zum Streik zu veranlassen. Die Polizei zerstreute aber die Menge durch einen Gummiknüppel-Angriff. Am Dienstag spät abends beschloßen die Dockarbeiter in einer öffentlichen Versammlung die Fortsetzung des Streiks. 50 Jugendliche der Polizeischule von Dublin sind nach Galway entsandt worden, um bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu helfen. Die Unruhen haben am Montagabend begonnen, als die Dockarbeiter sich weigerten, einen Kohlendampfer aus Belfast zu löschen. Am Dienstag früh wurde ein Rüstendampfer solange an der Abfahrt gehindert, bis ein protestantischer Maschinist das Schiff verlassen hatte.

Aus Belfast wird berichtet, daß der Vorherrichter Sir William Moore bei Eröffnung der Schmutzgerichtsverfahren in einer Rede gegen Uebertreibungen auswärtiger Blätter Einspruch erhoben hat. Er sagte, Belfast habe 450 000 Einwohner und das Unruhegebiet besitze eine Einwohnerschaft von 4500 Männern, Frauen und Kindern, mit anderen Worten, von genau 1 v. H. der Gesamtbevölkerung. Es sei unmöglich und ungerecht, die Sache so darzustellen, als ob in der ganzen Hauptstadt Nordirlands „Orgien“ der Gewalttätigkeit und der Unruhe der Tagesordnung seien.

Rätselhaftes Verschwinden einer französischen Waffensendung

Paris, 24. Juli.

Seit zwei Tagen sucht die Sicherheitspolizei das eigenartige Verschwinden von 25 000 kg Waffen und Munition im Kriehafen von Le Havre aufzuklären. Der Bürgermeister von Le Havre, Abgeordneter Martin Rener, hat dem „Martin“ über die geheimnisvolle Angelegenheit folgenden Aufschluß gegeben: Vor vier oder fünf Monaten erhielt eine Pariser Waffen- und Munitionsfabrik einen großen Lieferauftrag für Buenos Aires. Die aus Maschinengewehren, Gewehren, Patronen und Patronen bestehende Sendung wurde in 35 Kisten mit einem Gesamtgewicht von 25 000 kg verpackt und in Rouen auf zwei Dampfer verladen. Als diese bereits ausgelaufen waren und sich auf der Höhe von Le Havre befanden, wurde die französische Regierung von der argentinischen Regierung ersucht, die Sendung zu verhindern; doch war es zu spät. Am Bestimmungsort ankommen, hat die Zollverwaltung die Einfuhr dieser gefährlichen Ladung verhindert. Einige Wochen später wurden die unerwünschten Kisten nach Frankreich zurückbefördert, ordnungsgemäß in Le Havre gelöscht und dort im Kriehafen eingelagert. Bei einer Kontrolle stellten sich gewisse Unregelmäßigkeiten heraus, woraufhin die Kisten geöffnet wurden. Zum großen Erstaunen der Zollbeamten fand man aber nicht Waffen und Munition, sondern Mästersteine und Sand vor. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß der merkwürdige Inhalt aus Paris stammt.

Berzweifelte Lage im chinesischen Hochwassergebiet 30 000 Tote geborgen?

Schanghai, 24. Juli.

Im Südwesten der Provinz Schantung, in dem Niedrigwassergebiet, durch das der Hoangho bis zu seiner Richtungsänderung im Jahre 1852 ins Meer strömte, sind die Hochwasserfluten in ständigem Steigen begriffen. Die Wassermassen haben jetzt die Städte Tschjueh, Tschjehsiang und Jungtscheng erreicht, deren Räumung vom Gouverneur angeordnet wurde. Am Nanjangsee an der Grenze von Schantung und Kiangsu sind die Deiche gebrochen. Mehrere hundert Dörfer wurden vollkommen überschwemmt. Unter den Flüchtlingen fordern

Hungernot und Seuchen täglich Hunderte von Tausend. Aus dem Gebiet des Jangtse lauten die Berichte etwas optimistischer. Dort wird seit einigen Tagen ein langsames, aber stetiges Fallen des Wasserstandes beobachtet. Es ist deshalb dort auch möglich, allmählich einen Ueberblick über die Ausmaße der Katastrophe zu gewinnen. So sollen sich im Jangtse-Gebiet nicht weniger als 10 Millionen Menschen auf der Flucht befinden. Im Bereiche des Tschangtsing-Sees, des riesigen Binnenmeeres im Norden der Provinz Hunan, ist der Sachschaden größer als bei der großen Ueberflutungsung im Jahre 1931. Nach Berechnungen des Roten Kreuzes in Hankow schätzt man die Zahl der allein aus dem Jangtse und dem Han-Fluß geborgenen Leichen auf bisher 30 000.

Hamm (Westf.). 24. Juli. In Ostwestfalen bei Hamm in Westfalen beacht am 25. Juli d. J. Jacob Kuh, der erste Purtsche des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg seinen 90. Geburtstag.